KOMMENTARE

Protest und Grenzen

Anmerkungen zu den Aktionen der Braunkohle-Gegner

▶ CHRISTIAN REIN

Protest, zumal der Protest aus dem links-grünen politischen Spektrum, hat derzeit einen schweren gesellschaftlichen Stand. Die massiven Ausschreitungen von Extremisten beim G20-Gipfel in Hamburg haben dazu beigetragen, dass Aktivisten und ihre Anliegen allgemein negativ wahrgenommen werden. Auch bei den Aktionen rund um den Braunkohleabbau im Rheinischen Revier gibt es zweifelsohne eine Gruppe von gewaltbereiten Aktivisten, die etwa versuchen, eine Rodung des Hambacher Forstes zu verhindern. Sie vermummen und bewaffnen sich, sie drohen Polizisten und Journalisten, sie scheuen sich nicht, auch „ruppig“ zu werden, wie sie stolz bekennen. Der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach macht sich nicht zuletzt mit Blick auf die anstehende Weltklimakonferenz Anfang November in Bonn Sorgen: Die Lage im Hambacher Forst spitze sich zu, sagt er.

Dann gab es diese Meldung: Mehr als 1000 Menschen sind während der „Ende Gelände“-Aktionen rund um die hiesigen Tagebaue im August straffällig geworden. Flüchtig betrachtet passt das ins Bild von kriminellen Krawalltouristen, denen es gar nicht um die Sache geht, sondern nur darum, Randale zu machen.

Die AfD führt den Pinsel

Freilich steckt darin viel mehr, nämlich auch eine ganze Menge Politik. Denn wie kam diese Meldung zustande? Die Angaben der Polizei werden in einer Antwort der NRW-Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Landtag transportiert. Man darf getrost unterstellen, dass die AfD mit dieser Anfrage nicht einfach nur einen nüchternen Fakt erfragen und darstellen wollte, sondern dass sie damit auch den Pinsel führt, der das oben skizzierte Bild von links-grünem Protest zeichnet. Es geht der AfD vor allem darum, diesen Protest zu diskreditieren.

Deshalb ist es umso wichtiger, genau zu differenzieren: Was bedeutet „straffällig“? Es geht um gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr etwa durch das Besetzen von Gleisen. In der Regel handelt es sich nicht um die Gleise der Regionalbahn, sondern um die der Hambachbahn, mit der Kohle aus dem Tagebau transportiert wird. Es geht um Haus- und Landfriedensbruch. Die Demonstranten sind in das Tagebaugelände eingedrungen und haben Bagger besetzt. Und sie haben Widerstand gegen Polizeibeamte geleistet. Das muss nicht körperlich gewesen sein. Das kann auch die schlichte Weigerung gewesen sein, einem Platzverweis Folge zu leisten.

Sind die Demonstranten, die sich so verhalten haben, Kriminelle? Sind sie Gewalttäter? Sind sie Krawalltouristen? Sie haben im Rahmen ihres Protestes Gesetze gebrochen. Ihr Ziel war es, den Betrieb in den Tagebauen zumindest kurzzeitig lahmzulegen, um ein Zeichen zu setzen.

24 von 1000

Die Polizei versucht nun 875 der 1000 Menschen zu identifizieren. Sie haben kleinere Vergehen begangen und sich geweigert, ihre Personalien anzugeben. Deshalb wurden sie fotografiert. 24 Personen haben nach Angaben der Polizei tatsächlich schwerere Straftaten begangen, und wurden deshalb erkennungsdienstlich behandelt. Das ist – ohne diese Menschen verteidigen oder ihr Verhalten entschuldigen zu wollen – eine andere Zahl als 1000. Mit der Zahl 24 ließe sich weniger Politik machen. Mit ihr muss man ein anderes Bild vom Protest zeichnen.

Protest ist ein legitimes Mittel in einer Demokratie. Er ist eine Errungenschaft. Er ist notwendig, denn er weist auf Missstände hin. Wer dabei Grenzen überschreitet, der weiß das – und der muss die Konsequenzen tragen. Es gibt Grenzüberschreitungen, die sind völlig inakzeptabel und nicht zu rechtfertigen: Gewalt, Sachbeschädigung, Körperverletzung. Und es gibt Grenzüberschreitungen, die muss eine Demokratie aushalten.

▶ c.rein@zeitungsverlag-aachen.de

Auf der Höhe der Zeit

Die IG Metall fordert eine Arbeitszeitverkürzung

▶ STEFAN VETTER (BERLIN)

Die Vorstellungen von Luxus sind individuell sehr unterschiedlich. Frei nach dem Motto: mein Haus, mein Auto, mein Boot. Manches ist allerdings schwerlich oder gar nicht käuflich. Zeit zum Beispiel. Zeit für die Familie, für ein Fußballspiel mit den Kindern, Zeit für die pflegebedürftige Mutter.

Bereits 40 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiten am Wochenende. Von vielen wird eine Erreichbarkeit rund um die Uhr verlangt. Das Handy macht's möglich. So ist Zeit für einen großen Teil der Bevölkerung mittlerweile zum wahren Luxus geworden. Das legt auch eine Umfrage der IG Metall vom Frühjahr nahe, bei der fast 60 Prozent der Berufstätigen zu Protokoll gaben, länger zu arbeiten als vertraglich vorgesehen und fast zwei Drittel den Wunsch äußerten, ihre tatsächliche Arbeitszeit gern zu verkürzen. Deshalb ist die größte Einzelgewerkschaft im DGB ganz auf der Höhe der Zeit, wenn sie in der anstehenden Tarifrunde auch für die individuelle Möglichkeit einer – wohlgemerkt – vorübergehenden Arbeitszeitreduzierung kämpft.

Dass die Arbeitgeber sich damit äußerst schwer tun, mag aus ihrer Sicht verständlich sein. Müssten sie doch ausgetretene Pfade verlassen. Bislang funktioniert die Arbeitswelt ja vornehmlich so, dass der Beschäftigte flexibel im Sinne des Betriebes zu sein hat. Eine Flexibilität des Betriebes im Sinne des Beschäftigten wäre vielerorts Neuland. Zwar gibt es bereits ein verbrieftes Recht, von Vollzeit in Teilzeit zu wechseln. Doch wer dort einmal ist, kommt davon kaum mehr weg. Nach der Forderung der IG Metall soll es endlich auch umgekehrt gehen. Ganz so, wie es schon in einem Gesetzentwurf der SPD stand, der in der letzten Wahlperiode am Widerstand der Union scheiterte. Insofern sind die Mitte November beginnenden Tarifgespräche in der Metall- und Elektroindustrie auch ein interessantes Lehrstück für die künftige Regierung in Berlin.

▶ an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

ANSICHT

Der Mensch hat, neben dem Trieb der Fortpflanzung und dem zu essen und zu trinken, zwei Leidenschaften: Krach zu machen und nicht zuzuhören.

KURT TUCHOLSKY (1890-1935) DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER

Endlich draußen: Peter Steudtner lächelt nach seiner Entlassung aus dem Istanbuler Silivri-Gefängnis in zahlreiche Kameras. Foto: dpa

Einer ist frei, zehn sitzen weiter fest

Peter Steudtner ist aus der Haft entlassen worden. Das hat er auch einem guten alten Bekannten Erdogans zu verdanken: Altkanzler **Gerhard Schröder**. Die deutsch-türkische Krise ist aber lange noch nicht beendet.

VON MICHAEL FISCHER UND CAN MEREY

Istanbul/Berlin. Als Bundeskanzler Gerhard Schröder schon abgewählt, aber noch im Amt war, besuchte er im Oktober 2005 noch einmal den damaligen türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Sie trafen sich in Istanbul zum Fastenbrechen. Kurz zuvor hatte die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen, und Erdogan wusste genau, wem er die historische Entscheidung zu einem großen Teil zu verdanken hatte. Schröder habe selbst „in den kritischsten“ Zeiten zur Türkei gestanden, sagte er damals. Schröder bezeichnete Erdogan kurz danach als einen „lieben Freund“.

> „Es ist ein erstes Zeichen der Entspannung, denn die türkische Regierung hat alle Zusagen eingehalten.“
> ANGELA MERKEL, BUNDESKANZLERIN (CDU)

Das exzellente Verhältnis der beiden scheint von allen Verwerfungen in den deutsch-türkischen Beziehungen unberührt geblieben zu sein. Es ist offensichtlich immer noch so gut, dass ein Wiedersehen der beiden in der Türkei im September den Durchbruch für die Freilassung des Menschenrechtlers Peter Steudtner aus der Haft in der Türkei gebracht haben soll.

Eingefädelt wurde die Vermittlung von Außenminister Sigmar Gabriel. Kein Wunder, dass der SPD-Politiker Gabriel als einziger Spitzenpolitiker im Wahlkampf nicht in das Schröder-Bashing wegen dessen Einstiegs beim russischen Energieriesen Rosneft eingestiegen ist. Er verwies schon damals darauf, dass die hervorragenden Kontakte Schröders in Krisensituationen nützlich sein könnten. Als Beispiel nannte er seine Vermittlung bei einer Geiselnahme deutscher OSZE-Beobachter in der Ostukraine: „In der Situation, wo man ihn gebrauchen kann, um mit Putin mal über andere Probleme zu reden, da finden das alle super.“

Jetzt also die Türkei. Die geheime Mission Schröders soll auch mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) abgestimmt gewesen sein. Was der Altkanzler genau mit Erdogan besprochen hat, blieb gestern zunächst im Dunkeln. Gabriel äußerte sich nur kurz: „Ich bin Gerhard Schröder sehr dankbar für seine Vermittlung“, sagte er. „Es ist ein erstes Zeichen der Entspannung, denn die türkische Regierung hat alle Zusagen eingehalten. Nun müssen wir weiter an der Freilassung der anderen Inhaftierten arbeiten.“

Gabriels Erleichterung wurde im politischen Berlin parteiübergreifend geteilt. Eine fortdauernde Inhaftierung Steudtners wäre eine Garantie dafür gewesen, dass die Spannungen zwischen Berlin und Ankara noch weiter eskaliert wären. Beendet ist die bilaterale Krise mit der Freilassung des Deutschen aber nicht. Denn mindestens zehn weitere Bundesbürger sind noch aus politischen Gründen in der Türkei in Haft.

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hatte kürzlich erklärt, wie er sich einen Normalisierungsprozess vorstellt: als Geben und Nehmen. „Wenn ihr einen Schritt auf uns zugeht, gehen wir zwei auf euch zu.“ Jetzt hat die Türkei den ersten Schritt gemacht. Aus ihrer Sicht wäre jetzt wohl Deutschland an der Reihe. Es ist aber nicht zu erwarten, dass die Bundesregierung ihre im Juli eingeleitete neue Türkei-Politik relativiert. Wahrscheinlicher ist, dass sie den Druck aufrecht erhält, bis die anderen Gefangenen frei sind.

Vor allem im Fall des „Welt“-Korrespondent Deniz Yücel gibt es keinen Fortschritt. Bislang liegt nicht einmal eine Anklageschrift gegen den deutsch-türkischen Journalisten vor, der seit mehr als acht Monaten hinter Gittern ist. Erdogan beschuldigt ihn, ein „Agent“ und „Terrorist“ zu sein – Vorwürfe, hinter die Regierung und Justiz schwerlich zurückfallen können, auch wenn für die Anschuldigungen keine Beweise vorgelegt wurden. Cavusoglu orakelte mit Blick auf Yücel: „Die Vorwürfe gegen ihn sind schwerwiegend und weitreichend.“

Nicht mit Freispruch verwechseln

Steudtner und sein schwedischer Kollege Ali Gharavi sind nun zwar frei, mit einem Freispruch ist das aber nicht zu verwechseln: Der Prozess gegen sie und neun türkische Menschenrechtler geht weiter; der nächste Termin ist für den 22. November angesetzt. Steudtners Lebensgefährtin Magdalena Freudenschuss und Gharavis Ehefrau Laressa Dickey zeigten sich zwar „tief erleichtert“. Sie kritisierten aber: „Die weitere Fortführung des Verfahrens ist für uns nicht nachvollziehbar.“ Zwar werden beide weder für ein Urteil nach Istanbul zurückkehren noch eine eventuelle Haftstrafe in der Türkei antreten. Probleme könnte die türkische Regierung ihnen aber im Fall einer Verurteilung trotzdem bereiten. Sie könnte beide per Red Notice über Interpol zur Fahndung ausschreiben lassen. Steudtner und Gharavi sind für ihre Arbeit viel im Ausland unterwegs – womöglich auch in Ländern, die Gesuchte an die Türkei ausliefern.

EINE FRAGE AN

▶ SEVIM DAGDELEN

Fraktionsvize der Linken im Bundestag

„So etwas wie ein Tauschgeschäft“

Erdogan macht nichts ohne Gegenleistung. Welche könnte das gewesen sein?

Dagdelen: Es ist davon auszugehen, dass es so etwas wie ein Tauschgeschäft gegeben hat. Denn schon seit Längerem betreibt die türkische Regierung Diplomatie mit Geiselnahmen. Man könnte auch sagen: nach Mafia-Art. So hat Erdogan unlängst angeboten, Deniz Yücel im Austausch gegen Offiziere freizulassen, die hier Asyl gefunden haben. Ich habe mich zudem auch schon gefragt, wie es kam, dass ein türkischer Agent, der kurdische Politiker ermorden sollte, in Hamburg nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Gleiches gilt für die Entscheidung, keine Haftbefehle gegen hier spionierende Imame zu erlassen. Das kann alles zusammenhängen. (has)

Venezuelas Opposition erhält Rückendeckung

EU-Parlament zeichnet Kritiker der Regierung von Staatschef Maduro mit dem **Sacharow-Preis** aus

Straßburg. Die demokratische Opposition in Venezuela ist mit dem diesjährigen Sacharow-Preis für Meinungsfreiheit des Europaparlaments ausgezeichnet worden. Dies teilte eine Sprecherin des Parlaments gestern in Straßburg mit. Stellvertretend für die Opposition sollen der Präsident des de facto entmachteten Parlaments, Julio Borges, sowie mehrere andere Oppositionsführer und politische Gefangene die Auszeichnung erhalten. Sie soll am 13. Dezember feierlich in Straßburg verliehen werden.

Borges bedankte sich gestern via Twitter. „Es ist eine Ehre, den Sacharow-Preis im Namen von ganz Venezuela zu erhalten. Es ist eine Anerkennung für unser Volk durch die internationale Gemeinschaft“, schrieb er gestern bei dem Kurznachrichtendienst. Alfredo Romero vom Foro Penal Venezolo, das sich für politische Gefangene einsetzt, schrieb: „Wir danken dem Europäischen Parlament für den Sacharow-Preis für die politischen Häftlinge.“

„Wir müssen hier erneut (. ..) die schwerwiegende Situation in Venezuela an den Pranger stellen“, sagte EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani bei der Bekanntgabe der Preisträger. In dem Land fehle es an allem. „An Wasser, an Lebensmitteln, an Strom.“ Wegen jahrelanger Misswirtschaft, Korruption und des niedrigen Ölpreises ist die Wirtschaftslage in dem Land desaströs.

Zuletzt ließ Staatspräsident Maduro zudem eine linientreue Verfassungsgebende Versammlung wählen, die die von der Opposition kontrollierte Nationalversammlung entmachtete. Diese aber sei das „einzig demokratisch gewählte Parlament“, sagte Tajani.

Mit dem Preis ehrt das Europaparlament seit 1988 Personen oder Organisationen, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen. 2016 wurden die Jesidinnen Nadia Murad und Lamija Adschi Baschar ausgezeichnet. Der Preis ist mit 50 000 Euro dotiert.

Die venezolanische Opposition war bereits 2015 für den Preis nominiert. Sie protestiert seit Jahren gegen Maduros Regierung. Allein in diesem Jahr kamen bei Demonstrationen über 120 Menschen ums Leben. Zahlreiche Regierungsgegner sitzen im Gefängnis.

Die Entscheidung, die mit den Stimmen der EVP-Fraktion, der Liberalen, der Konservativen und der rechtspopulistischen ENF-Fraktion zustande gekommen war, war im EU-Parlament umstritten. Französische Abgeordnete aus der Grünen-Fraktion befürchteten eine Polarisierung und Verschlechterung der Situation in Venezuela. Bei der Bekanntgabe der Preisträger lachten einige Abgeordnete demonstrativ auf, als Tajani von einer „politisch neutralen“ Auszeichnung sprach.

Zur Verleihung im Dezember sind auch die beiden anderen diesjährigen Kandidaten eingeladen: die Menschenrechtsaktivistin Aura Lolita Chavez Ixcaquic aus Guatemala und der eritreische Schriftsteller Dawit Isaak. Da Isaak an einem unbekannten Ort in Haft sitzt, soll ihn ein Angehöriger vertreten. (afp/dpa)

Bedankte sich gestern via Twitter: Julio Borges, Präsident des de facto entmachteten venezolanischen Parlamentes. Foto: dpa